

Mainz, den 17. Februar 2020

MIT Rheinland-Pfalz lehnt Grundrenten-Entwurf ab

Gereon Haumann: „Rente muss auch für Kinder und Enkel sicher bleiben“

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Rheinland-Pfalz lehnt den Gesetzentwurf zur Grundrente weiterhin ab. „Der vorgelegte Entwurf ist verfassungswidrig, ungerecht, nicht zielgerichtet und weder administrierbar noch finanziert“, kritisiert Gereon Haumann, Vorsitzender der MIT Rheinland-Pfalz. Die MIT spricht sich stattdessen für eine unbürokratische Grundrente für wirklich Bedürftige aus. „Im Rentensystem muss weiter das Äquivalenzprinzip gelten: Derjenige, der mehr eingezahlt hat, muss am Ende auch mehr Rente herausbekommen“, so Haumann.

Die MIT will eine Grundrente für Grundsicherungsempfänger, die im System der Sozialleistungen und nicht im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung gewährt wird. Dazu wird ein Freibetrag in der Grundsicherung vorgeschlagen. Diese soll dann entsprechend der erworbenen Rentenansprüche aufgestockt werden können. Haumann: „Das wäre zielgerichtet und zudem schnell und leicht umsetzbar.“ Die MIT Rheinland-Pfalz lehnt jede Form einer Grundrente ab, die vermögenden oder einkommensstarken Rentnern einen Rentenzuschlag gewährt. „Wir müssen darauf achten, dass die Rente auch für unsere Kinder und Enkel sicher bleibt und dürfen angesichts demografischer Probleme jetzige Beitragszahler und künftige Generationen nicht mit unnötigen Aufgaben zusätzlich belasten“, so Haumann.

Die MIT Rheinland-Pfalz führt sechs zentrale Argumente gegen den Gesetzentwurf auf. So würde in vielen Fällen Mehrarbeit nicht belohnt. Ehepaare würden gegenüber Unverheirateten benachteiligt. Rentner mit gleicher Einkommenshöhe würden vielfach ungleich behandelt, da nur ein Teil der zu versteuernden Einkommen berücksichtigt würde. Genauso würden Rentner in Deutschland gegenüber Rentnern im Ausland benachteiligt. Die Ermittlung der Anspruchsberechtigten sei nach Einschätzung der Deutschen Rentenversicherung nicht bis Ende des Jahres administrierbar. Zudem sei die zur Finanzierung vereinbarte Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene nicht absehbar.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) – vormals Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU – ist mit rund 25.000 Mitgliedern der größte parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für mehr wirtschaftliche Vernunft in der Politik ein.

v.i.S.d.P. Helmut Klapheck, Landesgeschäftsführer

**MIT Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Rheinland-Pfalz**
Landesgeschäftsstelle
Rheinallee 1 a-d 55116 Mainz

Telefon +49 (0) 6131 . 28 47-17
Telefax +49 (0) 6131 . 554 47-99
Mail: info@mit-rlp.de
Internet: www.mit-rlp.de

Bankverbindung:
Sparkasse Koblenz
IBAN DE 69 5705 0120 0000 2367 86
BIC MALADE51KOB